

Der britische Gewerkschaftsbund beschließt, BDS zu unterstützen und darauf hinzuarbeiten Waffenverkäufe an Israel einzustellen

Der Antrag des britischen Gewerkschaftsbunds *TUC* unterstützt erstmals die Boykottbewegung und beauftragt den fünf Millionen Mitglieder starken Verband, sich für Arbeitskampfmaßnahmen, Desinvestitionen und Sanktionen einzusetzen.

Areeb Ullah, middleeasteye.net 16.09.26

Der *Trade Union Congress (TUC)*, ein Dachverband, der fünf Millionen britische Arbeitnehmer:innen vertritt, stimmte zum ersten Mal in seiner Geschichte dafür, die von Palästinenser:innen angeführte BDS-Bewegung (Boycott, Divestment and Sanctions) zu unterstützen.

Die umfassenden Maßnahmen spiegeln einen wachsenden, einheitlichen Konsens innerhalb der britischen Gewerkschaftsbewegung wider.

Auf dem jährlichen Kongress des *TUC* am Mittwoch stimmten die Delegierten für einen Antrag, der von der *Artists' Union England (AUE)* eingebracht und von *Unison*, der größten Gewerkschaft Großbritanniens, unterstützt wurde.

Der Antrag markiert einen bedeutenden Wandel in der Haltung der britischen Arbeiterbewegung gegenüber Palästina und beauftragt den Verband, sich aktiv für eine sofortige Beendigung jeglicher militärischer Zusammenarbeit sowie aller Waffenverkäufe Großbritanniens an Israel einzusetzen.

Es ist zudem das erste Mal, dass der *TUC* ausdrücklich seine Unterstützung für die breiter angelegte, von Palästinensern geführte BDS-Bewegung bekundet hat.

Peter Leary, stellvertretender Leiter der *Palestine Solidarity Campaign*, bezeichnete die historische Abstimmung vom Mittwoch als Anerkennung der Tatsache, dass die britische Regierung ihrer rechtlichen Verpflichtung nicht nachkommt, „Israels andauernden Völkermord, die Apartheid, die illegale Besatzung und andere Verstöße gegen das Völkerrecht nicht zu unterstützen“.

„Die Gewerkschaften fordern zu Recht anhaltenden politischen Druck und Maßnahmen am Arbeitsplatz, um die Komplizenschaft von Unternehmen, Institutionen und der Regierung bei den Verbrechen Israels gegen das palästinensische Volk zu beenden“, erklärte Leary in einer Stellungnahme.

Leary erklärte, auf den erfolgreichen Antrag werde am 26. November eine landesweite Veranstaltung folgen, bei der Gewerkschaftsmitglieder am vom *TUC* unterstützten Aktionstag am Arbeitsplatz aus Solidarität mit Palästina teilnehmen werden.

In dem Antrag selbst hieß es, der TUC habe die moralische Verpflichtung, „dem Aufruf der palästinensischen Arbeitnehmer zur Solidarität nachzukommen“. Die weltweite BDS-Kampagne wurde darin als „wirksame Strategie, um Israel unter Druck zu setzen, seinen andauernden Völkermord, sein Apartheid-System, die Besatzung und die Verweigerung des Rückkehrrechts für Flüchtlinge zu beenden“ beschrieben.

Im Rahmen der neu verabschiedeten Leitlinie hat sich der TUC zu Folgendem verpflichtet:

- Unterstützung der von Palästinensern geführten BDS-Bewegung und der von Gewerkschaften organisierten Solidaritätskampagnen für Palästina.
- Unterstützung koordinierter Aktionstage am Arbeitsplatz in ganz Großbritannien.
- Sich einsetzen für den Kapitalabzug aus Unternehmen, die sich an Verbrechen gegen Palästinenser:innen mitschuldig gemacht haben, und dabei direkt mit den in diesen Unternehmen tätigen Gewerkschaftsmitgliedern zusammenarbeiten.
- Die britische Regierung dazu drängen, „weitreichende Sanktionen gegen Israel zu verhängen, bis es sich an das Völkerrecht hält“.

Zunehmender Druck auf Israel

Diese umfassenden Maßnahmen spiegeln einen wachsenden, einheitlichen Konsens innerhalb der britischen Gewerkschaftsbewegung wider.

Vertreter mehrerer der einflussreichsten Gewerkschaften des Landes ergriffen das Wort, um sich für den Antrag auszusprechen, darunter *Unison*, *Unite*, die *National Education Union*, die *Communication Workers Union* und die *Public and Commercial Services Union (PCS)*.

Die Abstimmung bedeutet neuen Druck auf die britische Regierung, da sie nur eine Woche nach der Ankündigung von Außenminister Ed Miliband erfolgte, ein umfassendes Sanktionsregime einzuführen, das den Handel mit illegalen israelischen Siedlungen in der besetzten Westbank verbietet. Regierungsquellen haben gegenüber *MEE* inzwischen bestätigt, dass die neuen Maßnahmen auch die Siedlungen in Ostjerusalem und auf den besetzten syrischen Golanhöhen betreffen werden.

In ihrer Rede auf der TUC-Konferenz in Brighton am Dienstag erklärte die hochrangige Kabinettsministerin Louise Haigh, das Handelsembargo sei ein Zeichen dafür, dass die britische Regierung „einen Kurswechsel vollziehe“ [und] „den Druck auf die israelische Regierung erhöhe“ „Die israelische Bevölkerung ist nicht für die Taten seiner Regierung verantwortlich, deshalb richten wir unsere Maßnahmen gezielt gegen die illegalen Siedlungen“, erklärte Haigh den Delegierten. „Wir werden uns gegen Ungerechtigkeit wehren ... Wir werden eine Koalition internationaler Partner

bilden, um mit einer Stimme zu sprechen und die Welt daran zu erinnern, wer wir sind.“

Elf weitere Länder – Kanada, Dänemark, Finnland, Frankreich, Island, Irland, Norwegen, Polen, Portugal, Spanien und Schweden – schlossen sich Großbritannien an und sprachen sich für Sanktionen im Warenhandel mit den Siedlungen aus oder erwogen solche Maßnahmen.

Areeb Ullah ist Journalist bei Middle East Eye. Seine Schwerpunkte sind Arbeitsmigranten in den Golfstaaten, Syrien, die Terrorismusbekämpfungspolitik sowie soziale Bewegungen im Nahen Osten und in Nordafrika. Seine Artikel wurden unter anderem bei Al-Jazeera, im Guardian und in der Huffington Post veröffentlicht.

Quelle:

<https://www.middleeasteye.net/news/uk-tuc-backs-palestinian-bds-movement-historic-vote>

Übersetzung: M. Kunkel, Pako – palaestinakomitee-stuttgart.de